

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentags. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

Abbestellung des Abonnementes für Anzeiger und Anzeiger für Auswärtige, wochentags, Preis pro Anschlag Nr. 23. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 250

Sonntag, den 23. Oktober 1932

27. Jahrgang

Hitler und die deutsche Abrüstungspolitik

Scharfe Zurückweisung von Behauptungen des nationalsozialistischen Parteiführers durch die Reichsregierung

Hitlers Stoß gegen die Regierung

Berlin, 21. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: In einem Offenen Brief an den Reichskanzler hat Adolf Hitler Behauptungen über den Standpunkt der Deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage aufgestellt, die im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das schärfste zurückgewiesen werden müssen.

Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; Es habe die Forderung nach einer 300 000-Mann-Armee erhoben; Es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert.

Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfang unrichtig. Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August enthält.

Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abrücken, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes demjenigen Abrüstungsstand entspricht, der uns durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz dieser grundsätzlichen Forderung nicht Rechnung, so müssen wir verlangen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern daß die in Genua abgeschlossene Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fordert auch in diesem Falle keine Aufrüstung.

Der Zustand darf aber nicht weiter bestehen, daß uns grundsätzlich Waffen verboten sind, welche anderen Staaten als unentbehrliche Mittel der Verteidigung erlaubt bleiben.

Die Reichsregierung stellt in aller Deutlichkeit fest, daß Herr Hitler in seinem Offenen Briefe vom 20. Oktober

unwahre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit das Interesse der deutschen Völker zu schädigen. Das Urteil über das Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke.

Berlin, 21. Oktober. In dem Offenen Brief des nationalsozialistischen Parteiführers Adolf Hitler an den Reichskanzler wird in unterrichteten Kreisen erklärt: Dem Reichskanzler gingen in diesen Tagen des Wahlkampfes aus allen Kreisen der Bevölkerung so zahlreiche Äußerungen und Erklärungen zu, daß er nicht in der Lage ist, alle im einzelnen zu beantworten. Der Offene Brief Hitlers aber enthält insbesondere in seinen unbedingt beantworteten Aussagen Behauptungen, die unbedingte Antworten verlangen müssen. Die Reichsregierung hat deshalb zu der Behauptung Hitlers von einem deutschen Aufrüstungsprogramm, wie gemeldet, eine Erklärung herausgegeben.

Wenn Hitler außerdem der Reichsregierung den Vorwurf macht, sie habe bei den Abrüstungsverhandlungen infolgedessen eine falsche Taktik eingeschlagen, als sie es unterlassen habe, immer und immer wieder die Schuld an der Nichtabklärung Frankreichs zu suchen und dadurch Frankreich in der Welt zu brandmarken, so kann demgegenüber festgestellt werden, daß Deutschland gerade nach dieser Methode verfahren ist, wie es vor Beginn der Abrüstungsverhandlungen in Genua vom dem Staatssekretär von Hilow angeklagt wurde. Damals allerdings wurde diese Haltung Deutschlands von den Nationalsozialisten angegriffen, die volle Abrüstungsfreiheit und Aufrüstungsfreiheit Deutschlands forderten.

Adolf Hitler hat in vier Seiten des großen Formats seines Parteiblattes eine Antwort an den Reichskanzler von Papen auf dessen Rede in München gegeben. Die nicht anders zu erwarten, läßt Hitler an der Politik der Regierung kein gutes Haar. Das Arbeitsprogramm wird ebenso verurteilt wie der Kampf um die Verfassungsreform, die Außenpolitik wird als völlig ziellos und erfolglos hingestellt.

Wenn er schon das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung herunterreißt, ihm einen vollen Mißerfolg prophezeit, wenn er also mit den besaitlichten Kräften der Bevölkerung in einer Linie marschiert, so ist es viel schlimmer, wenn er die deutsche Reichsregierung vor dem Auslande mit allen Mitteln herabsetzen will. Ungeheuerlich ist Hitlers Angriff auf die Wehrpolitik der Reichsregierung im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage. Er kritisiert es, daß die „immerhin noch verständliche Forderung“ für das Heer mit Forderungen zur See verbunden wären, die „als demonstrativer Akt höchstens geeignet wären“, die „gesamte Wehrfrage Deutschlands“ auf das „Unschätzbare“ zu erschweren. Er nimmt Bezug auf angebliche Pläne, das Landheer auf 300 000 Mann zu bringen und beziffert die Kosten für ein modernes Schiffsgeheul auf wenigstens 700 bis 800 Millionen Mark. Er gibt damit Behauptungen wieder, die anschließend an das deutsche Memorandum vom 29. August in den französischen Blättern aufgestellt sind. Keine deutsche Zeitung hat es fertiggebracht, in solcher Form, wie es hier Hitler tut, die deutschen Interessen zu gefährden und sich die Auslegung des deutschen Willens zu eigen zu machen. Hitler hat anscheinend gar kein Augenmaß dafür, daß er durch dieses Verfahren die Interessen des deutschen Volkes und seiner Zukunft auf das Schwerste schädigt. Er merkt gar nicht, daß er die Geschäfte des Auslandes besorgt — selbstverständlich nicht aus bösem Willen, sondern in Ermangelung derjenigen politischen Verantwortung, die ein Mann haben muß, der auf 14 Millionen Anhänger hinweist und seine politische Weisheit als „absolute Totalität“ anpreist.

Daß Hitler sich gegen Angriffe zur Wehr setzt, wird ihm niemand verargen. Daß er um die Existenz seiner Partei kämpft, weiß er am besten, daß die wirtschaftlichen Gegensätze in seiner Partei im Übermaß hervortreten, ist längst klar. Daß er aber der deutschen Regierung in einer Frage, in der es keine Parteinteressen geben darf, nämlich in der Erringung der Wehrfreiheit, in den Rücken fällt, ist ein politischer Fehler der schlimmsten Art. Wir können uns nicht denken, daß solche Fehler ohne bittere Folgen bleiben werden, die allerdings zuerst das deutsche Volk zu tragen hat, die aber schließlich auch die nationalsozialistische Bewegung treffen müssen.

Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP.

Berlin, 21. Okt. Auf einer Kundgebung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen gab Gregor Strasser große Teile des Wirtschaftsprogramms der Nationalsozialisten bekannt. Der wirtschaftliche Aufbau der Nationalsozialisten sei fundiert auf folgende Grundforderungen: 1. Arbeitsbeschaffung, 2. produktive Kreditbeschaffung (Kreditverweigerung im Ausmaß von circa drei Milliarden), 3. staatliche Kontrolle des Geld- und Kreditwesens, 4. Entschuldung der Wirtschaft, 5. Zinsenkämpfung, 6. Wiederherstellung des deutschen Staatskredits.

An die Stelle der alten Finanzwirtschaft, die heute bei der Reichsbank als Geldbedeckung lägen, träten Produktionswechsel und Regierungssicherheiten, die ein gesünder Durchbluten der Wirtschaft herbeiführen, die ein gesünder in bestimmten Zeitabständen wieder zur Reichsbank zurückfließen würden, nämlich bei Einlösung der Produktionswechsel und der Sparwechsel. Eine Umänderung des Reichsbankgesetzes sei erforderlich, das die Autonomie der Reichsbank beseitigt und die ungeliebten, längst durchbrochenen Bindungen an den Fremdbörse, das Gold, die We. Der gesamte Geldverkehr müsse unter der Hoheit des Staates stehen und das Bankwesen unter Staatsaufsicht gestellt werden. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sei ein gesunder Binnenmarkt und das Rückgrat des Binnenmarktes eine gesunde deutsche Landwirtschaft. Die Preise würden eine Auflockerung erfahren, und das Sparen werde wieder einen Sinn haben. Die Sparsamkeit werde durch staatliche Maßnahmen gefördert.

In der Rede Strassers haben einige Stellen viel Aufmerksamkeit erregt. Das gilt zunächst für ein Wort über Hugenberg. Strasser sagte: Ich habe in der Rede Hugenbergs, die er am Sonntag vor dem sozialpolitischen Ausschuß seiner Partei gehalten hat, Worte gefunden, die man von dieser Seite her noch nie gehört hat. Hugenberg hat von der Notwendigkeit einer Entproletarisierung des deutschen Arbeiters gesprochen und die Arbeiterbewegung bejaht, die auch wir bejahen. Ich verstehe nur nicht, warum die NSDAP. unbedingt Papen unterstützt. Dagegen kann ich mich auch mit den Ausführungen Hugenbergs einverstanden erklären, soweit sie das „internationale vagabundierende Kapital“ betreffen. — Die andere beachtenswerte Stelle der Rede betraf den Vorstehenden des Allgemeinen

Deutschen Gewerkschaftsbundes, Beipart. Strasser erklärte, Ausführungen, die Beipart kürzlich gemacht habe, eröffneten Ausblicke in die Zukunft, denen jeder freudige Zustimmung geben müsse: Beiparts Ablehnung der Gleichstellung des nationalen Gedankens mit aristokratisch-kapitalistischen Tendenzen hätten die Nationalsozialisten schon seit jeder Verdachts. Wenn die Gewerkschaften wirklich diese Erkenntnis hätten, müßten sie sich folgerichtig von den Heilmanns und Hilferdings trennen, sich zum deutschen Staat bekennen und der Internationale entsagen.

Mehrleistungen in der Reichsverforgung

Berlin, 21. Oktober. Die in der Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers vom 19. d. M. angeklagten Maßnahmen zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten werden am 25. d. M. im Reichsverorgungsblatt bekannt gegeben werden. Sie wirken sich aus bei den sogenannten „Kannbezügen“. Insbesondere zugunsten der Berufsausbildung und der Kinder der Schwerbeschädigten und Kriegerverwundeten, ferner für einen bestimmten Personenkreis bei der Zulassung, bei der Gewährung von Unterhaltungen — z. B. an Kriegerelementen, die eine Versorgung nicht mehr erhalten können — sowie bei der Kapitalabfindung zur Abwendung der Zwangsversteigerung. Die für diese Maßnahmen bereitgestellten Mittel werden den Versorgungsämtern überwiesen.

Mit Tintenfassern und Gläsern Kauferei im österreichischen Nationalrat

Wien, 21. Oktober. Im Nationalrat spielte sich heute ein ganz unglaublicher Standal ab. Nach einer von den Sozialdemokraten oft heftig unterbrochenen Verteidigungsrede des Justizministers Schuhenberg, der begründen wollte, daß das Kriegsermächtigungs-gesetz auch heute noch Notverordnungen erlaube, sowie nach kurzen Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß und des neu ernannten Staatssekretärs Geh. selbst, der sein einseitiges Verbot von Ausmärschen von Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten damit rechtfertigte, daß nur bei Demonstrationen dieser Parteien

Neueinstellungen in München und Essen

München, 21. Okt. Die Münchener Brauereien haben beschlossen, ihre Belegschaften für die nächsten Monate um etwa 5 Prozent zu erhöhen. Von der Verdichtung, die Abnahme für die 21. bis 40. Wochenstunde um 10 Prozent zu kürzen, soll kein Gebrauch gemacht werden.

Essen, 21. Okt. Bei den Vereinigten Stahlwerken sind seit dem 1. Oktober 2750 Arbeiterneueinstellungen erfolgt. Die Erhöhung der Beschäftigtenziffer entfällt zum überwiegenden Teil auf die Hüttenbetriebe.

Ruhestörungen vorgekommen seien, erhob sich auf der linken ein Enttäuschungssturm.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß ließ sich hinreißen, dem Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer zuzurufen: „Sie sind ein Volkswort und kein wahrer Vertreter der Demokratie“.

Bauer trat zum Regierungstisch und rief dem Bundeskanzler Worte zu, die im herrschenden Wärm nicht verstanden werden konnten. Dollfuß erhob sich und rief dem Präsidenten Dr. Renner zu: „Hier hat sich der unglaubliche Fall ereignet, daß der Abgeord-